

**Zeitschrift:** Lenzburger Neujahrsblätter  
**Herausgeber:** Ortsbürger-Kulturkommission Lenzburg  
**Band:** 24 (1953)

**Artikel:** Die Gemeindefinanzen Lenzburgs in den 150 Jahren seiner Zugehörigkeit zum Kanton Aargau  
**Autor:** Willener, Alfred  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-918350>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 10.08.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# DIE GEMEINDEFINANZEN LENZBURGS IN DEN 150 JAHREN SEINER ZUGEHÖRIGKEIT ZUM KANTON AARGAU

VON ALFRED WILLENER

---

## I

An der Schwelle des Jahres, in welchem der Kanton Aargau sein 150jähriges Bestehen als ein selbständiges Staatswesen feiern wird, dürfte es nicht unangebracht sein, einen Rückblick auf die finanzielle Entwicklung eines Gemeindewesens, nämlich der Stadt Lenzburg, zu werfen, das sowohl in diesem Kanton selbst wie in der Eidgenossenschaft eine bedeutende wirtschaftliche Stellung einnimmt. Ist doch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die die Gemeinde Lenzburg während jenes Zeitraumes aufzuweisen hat, ebenso wie die anderer Städte und Dörfer, die sich im Schoße unseres Staatswesens entwickeln konnten, ein lebendiger Beweis dafür, daß unser Staatswesen seit 1803 — auf politisch gesunder Grundlage errichtet — in den verflössenen eineinhalb Jahrhunderten überall fruchtbare Kräfte zu wecken verstanden hat, die allerorten segensreiche Früchte getragen haben. Dies in einem kleinen Ausschnitt aus dem wirtschaftlichen Sektor des Gemeindewesens unserer Stadt zu zeigen, ist die Aufgabe des folgenden Aufsatzes.

## II

Gegenstand unserer Betrachtung sind die Gemeindefinanzen Lenzburgs. Beginnen wir mit der Ausgabenseite unseres Budgets, so zeigt sich sogleich, daß wir vor dem Jahre 1870 auf beneidenswert günstige Rechnungsabschlüsse zurückblicken konnten. Die Vermögenslage der Ortsbürgergemeinde war damals derart günstig, daß aus den Vermögenserträgen der größte Teil des öffentlichen Finanzbedarfs gedeckt werden konnte. So fiel es eben wegen des verhältnismäßig kleinen Finanzbedarfs unserer Gemeindeverwaltung nicht schwer, jedes Jahr gute Rechnungsabschlüsse vorzulegen. Betrugen beispielsweise die Rohausgaben im ersten Jahr (1803) Fr. 13 500.— und 1825 Fr. 31 100.—, bei einer uns unbekanntem Bevölkerungszahl, so beliefen sie sich 25 Jahre später immer noch auf nur Fr. 27 641.—. Diese außerordentlich bescheidenen Ausgabenverhältnisse dauerten bis Mitte der siebziger Jahre an; dann aber erfuhr mit der unglücklichen Entwicklung, welche die Einführung der Eisenbahn nahm, der Finanzhaushalt unserer Gemeinde eine Belastung von über 3 Millionen Franken. Angesichts dessen ge-

bührt den Bürgern und im besonderen der Gemeindeverwaltung jener Zeit (1875/84) die größte Anerkennung dafür, daß es ihnen damals doch gelungen ist, das infolge der Nationalbahntragödie von Franken 59 850.— (1870) auf Fr. 583 491.— (1875) angestiegene Ausgabenbudget zu meistern.

Unabhängig von den Folgen der betriebenen Eisenbahnpolitik hat sich in jener Zeit auch der übrige Finanzbedarf vermehrt, weshalb in allen einzelnen Verwaltungszweigen eine starke Ausgabensteigerung

### Die Ausgaben im Jahresmittel nach Ausgabengruppen 1870/74 bis 1946/51

Tabelle 1

Jahresmittel	Allgemeine Verwaltung	Polizei- und Kriegsverwaltung	Bauamts- <sup>1)</sup> verwaltung	Schulkasse	Kapitalzinsen	Amortisationen	Ausgaben insgesamt
Beträge in Franken							
1870/74	6.998	11.106	14.705	29.455	2.234	—	64.498
1875/84	60.827	13.604	69.961	39.057	28.649	3.033	215.135
1885/99	8.486	15.010	9.586	42.084	46.273		121.436
1900/09	10.519	18.277	16.193	62.239	48.849		156.077
1910/13	18.030	26.294	38.406	84.048	61.203		227.981
1914/19	33.497	50.649	68.182	105.506	80.192		338.026
1920/29	62.880	42.158	132.506	95.592	38.583	20.597	392.316
1930/38	74.861	64.254	139.880	122.687	49.008	35.317	486.009
1939/45	148.306	109.261	108.072	140.107	51.849	69.428	627.023
1946/51	282.641	116.756	282.205	212.872	50.742	98.603	1043.819
Prozentzahlen							
1870/74	10,84	17,21	22,83	45,66	3,46	—	100,0
1875/84	28,27	6,32	32,53	18,15	13,32	1,41	100,0
1885/99	6,92	12,36	7,89	34,67	38,16		100,0
1900/09	6,74	11,71	10,35	39,89	31,31		100,0
1910/13	7,90	11,53	16,87	36,86	26,84		100,0
1914/19	9,90	14,98	20,19	31,21	23,72		100,0
1920/29	16,02	10,74	33,80	24,36	9,83	5,25	100,0
1930/38	15,40	13,22	28,80	25,24	10,08	7,26	100,0
1939/45	23,65	17,42	17,25	22,34	8,27	11,07	100,0
1946/51	27,08	11,18	27,05	20,39	4,86	9,44	100,0

<sup>1)</sup> 1875/84 einschließlich Eisenbahn

festzustellen ist. So erhöhten sich die Ausgaben in der Rechnungsperiode 1875/84 im Jahresmittel auf Fr. 215 000.—. Ein Rückgang der Ausgaben kann vom Jahre 1885 an beobachtet werden, von welchem Zeitpunkt an sich die jährlichen Rohausgaben im Jahresmittel bis Ende der neunziger Jahre auf Fr. 121 000.— ermäßigten.

**Die Ausgaben im Jahresmittel pro Einwohner nach Ausgabengruppen  
1870/74 bis 1946/51**

Tabelle 2

Jahresmittel	Mittlere Wohnbevölkerung	Allgemeine Verwaltung	Polizei- und Kriegsverwaltung	Bauamts-1)verwaltung	Schulkasse	Kap.-Zinsen und Amortisationen	Ausgaben insgesamt
Nominalbeträge pro Einwohner in Franken							
1870/74	2540	2.76	4.37	5.79	11.59	0.88	25.39
1875/84	2670	22.78	5.10	26.20	14.63	11.87	80.58
1885/99	2520	3.37	5.96	3.80	16.70	18.36	48.19
1900/09	2880	3.65	6.35	5.62	21.61	16.96	54.19
1910/13	3200	5.63	8.22	12.00	26.26	19.13	71.24
1914/19	3400	9.85	14.90	20.05	31.03	23.59	99.42
1920/29	3820	16.46	11.04	34.69	25.01	15.50	102.70
1930/38	4260	17.57	15.08	32.84	28.80	19.79	114.08
1939/45	4450	33.33	24.55	24.29	31.48	27.25	140.90
1946/51	4860	58.16	24.02	58.07	43.80	30.73	214.78
Nominalindex 1885/99 = 100							
1885/99	100	100	100	100	100	100	100
1900/09	114	108	107	148	129	92	113
1910/13	127	167	138	316	157	104	148
1914/19	135	292	250	528	186	128	206
1920/29	152	488	185	913	150	84	213
1930/38	169	521	253	864	172	108	237
1939/45	177	989	412	639	189	148	292
1946/51	193	1726	403	1528	262	167	446
1) 1875/84 einschließlich Eisenbahn							

Die Entwicklung der Ausgaben im Jahresmittel insgesamt und pro Kopf der Einwohner zeigen die Tabellen 1 und 2. Danach hat sich von 1870/74 bis 1946/51 der Ausgabenbetrag pro Kopf von Fr. 25.39 auf Fr. 214.78 erhöht. Diese Ziffern vermögen an sich natürlich nicht viel zu sagen, wenn man nicht weiß, was sie zum Inhalt haben. Da zeigt nun ein Blick auf Tabelle 1, daß es vor allem die Ausgaben für die Allgemeine Verwaltung sind, die die relativ stärkste Erhöhung aufweisen, nämlich von Fr. 2.76 auf Fr. 58.16 pro Kopf der Einwohnerschaft. Diese Ausgaben gilt es vornehmlich zu untersuchen, wenn man sich ein richtiges Bild von dem in den Finanzen zum Ausdruck kommenden Gemeindeleben machen will. Darauf wird im folgenden näher eingegangen werden.

Zuvor ist aber noch eine grundsätzliche Bemerkung zu machen. Die Ursache des ständigen Wachsens des Geldbedarfs aller öffentlichen Körperschaften nicht nur in der Schweiz, sondern man kann wohl sagen in der ganzen Welt, ist nicht nur das Entstehen und Wach-

sen eines Finanzbedarfs, der Ausdruck des technischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts ist, sondern es ist daneben auch die Verminderung des Geldwertes oder, anders ausgedrückt, die gesunkene Kaufkraft des Geldes, die sich in fortschreitenden Lohn- und Preissteigerungen in jedem Budget seit Jahrzehnten empfindlich bemerkbar gemacht hat. Dies zeigt auch die Entwicklung des Lenzburger Finanzhaushalts.

Während sich nominell die Gesamtausgaben seit den achtziger Jahren von Fr. 121 000.— jährlich auf Fr. 627 000.— im Jahresmittel 1939/1945 erhöhten, ersehen wir aus Tabelle 3, daß sich die Ausgaben-  
seite unserer Gemeindeabrechnung geldwertmäßig seit jener Epoche bis zum Ende des zweiten Weltkrieges nur unwesentlich erhöht hat. Erst nach dem Kriege erschienen neue Belastungen, insbesondere auch solcher sozialer Art in unserem Gemeindebudget und bestätigten damit das sogenannte Gesetz des Wachsens der öffentlichen Ausgaben und das dementsprechende Gesetz der wachsenden Ausdehnung des öffentlichen Finanzbedarfs. Das ist aus unserer ersten Tabelle ersichtlich. Das Ausmaß der Ausgabensteigerung läßt sich wohl am besten durch die Wiedergabe der Gliederung der *Ausgaben pro Einwohner* veranschaulichen. Die in Tabelle 2 enthaltenen Beträge widerspiegeln die einzelnen Ausgabengruppen in den bezüglichen Rechnungsperioden. Wenn wir in dieser knappen Schilderung das Jahresmittel 1870/74 und — wegen der eingangs erwähnten Nationalbahn-Finanzkatastrophe — die Durchschnitte 1875/84 weglassen, so sind auch hier das starke Anwachsen der nominellen Ausgabengruppen deutlich. Bei einem angenommenen Nominalindex von 100 für das Jahresmittel 1885/99 sind die *allgemeinen Verwaltungsspesen* um das 17fache, die *Bauamtsverwaltungskosten* rund um das 15fache gegenüber dem Ausgangsjahr angestiegen. Nicht nur die der Teuerung angepaßten Löhne und die steigenden sozialpolitischen Lasten sind Ursachen des tatsächlichen Ausgabenanstieges, sondern auch die Ansprüche, wie sie aus der Vermehrung der Bevölkerung und der Entwicklung des Verkehrs erwachsen sind und die ihren Niederschlag in den Ausgaben für Kanalisation, Straßenbau usw. gefunden haben. Die Bauausgaben haben denn auch relativ viel stärker zugenommen als die Bevölkerung. Der Unterhalt der neuerstellten Hochbauten hat in den letzten 50 Jahren ebenfalls vermehrte Bauausgaben zur Folge gehabt.

An dieser Stelle darf wohl gesagt werden, daß die Generation unserer Vorfahren von 1885 bis 1930 eine Politik betrieben hat, die nicht im Einklang mit der industrie- und handelspolitischen Entwicklung stand, ansonst sicherlich verschiedene große Bauprojekte damals ausgeführt worden wären, und zwar mit einem bedeutend geringeren Kostenaufwand, als sie später erforderten.

**Geldwertbereinigter Index der Ausgaben pro Einwohner  
nach Ausgabengruppen 1885/99 bis 1946/51<sup>1)</sup>**

Tabelle 3

Jahresmittel	Lebens- kostenindex 1885/99 = 100	Allgemeine Verwaltung	Polizei- und Kriegs- verwaltung	Bauamts- verwaltung	Schulkasse	Kap.-Zinsen und Amorti- sationen	Ausgaben insgesamt
1885/99	100	100	100	100	100	100	100
1900/09	108	100	99	137	120	86	104
1910/13	128	131	108	247	123	81	115
1914/19	204	143	123	259	91	63	101
1920/29	228	214	81	400	66	37	93
1930/38	181	288	140	477	95	60	131
1939/45	240	412	172	266	79	62	122
1946/51	289	597	139	529	91	58	154

1) Nominalindex der Kopfquoten geteilt durch den Lebenskostenindex (1885/99 = 100) mal 100

**Die Einnahmen im Jahresmittel nach Einnahmengruppen  
1870/74 bis 1946/51**

Tabelle 4

Jahresmittel	Gemeinde- steuern	Übrige Steuern	Staats- beiträge	Aktivzinsen	Kapital- verkehr	Verschie- dene Einnahmen	Einnahmen insgesamt
Beträge in Franken							
1870/74	15.548	6.188	6.378	16.994	18.930	458	64.498
1875/84	79.652	6.736	7.437	10.220	137.143	6.521	247.708
1885/99	85.945	6.742	10.698	9.068	11.090	6.868	130.414
1900/09	115.156	10.356	13.408	15.603	6.549	7.513	168.586
1910/13	164.738	10.590	12.876	28.975	10.892	11.370	239.441
1914/19	205.232	40.901	19.529	53.356	21.959	21.600	362.578
1920/29	272.580	20.519	11.700	45.489	54.771	46.257	451.316
1930/38	351.262	18.389	29.913	77.666	132.592	43.048	652.870
1939/45	493.114	11.516	42.335	87.037	58.521	63.313	755.758
1946/51	844.817	17.662	42.020	66.032	63.147	146.987	1180.665
Prozentzahlen							
1870/74	24,10	9,59	9,88	26,34	29,38	0,71	100,0
1875/84	32,15	2,72	3,00	4,12	55,37	2,64	100,0
1885/99	65,91	5,16	8,22	6,95	8,50	5,26	100,0
1900/09	68,31	6,14	7,92	9,25	3,88	4,46	100,0
1910/13	68,81	4,42	5,38	12,11	4,54	4,74	100,0
1914/19	56,61	11,29	5,38	14,71	6,06	5,95	100,0
1920/29	60,40	4,55	2,59	10,08	12,14	10,24	100,0
1930/38	53,81	2,82	4,58	11,90	20,30	6,59	100,0
1939/45	65,24	1,53	5,60	11,52	7,74	8,37	100,0
1946/51	71,55	1,49	3,56	5,60	5,35	12,45	100,0

In viel bescheideneren Proportionen haben sich die Auslagen in der *Polizeiverwaltung* gehalten. Bei den Kosten des *Schulbetriebes* ist speziell darauf hinzuweisen, daß sich die Jahre vor 1920 nicht mit denjenigen nach 1920 vergleichen lassen, weil seit 1920 der Kanton die Lehrerhonorierung übernommen hat, wozu die Gemeinde ihm die entsprechende Mehrsteuerleistung überweist, während früher diese Beträge durch das Ausgabenbudget selbst gingen.

Die ruhigste Entwicklung zeigen die *Kapitalzinsen* und *Amortisationen*; diese Ausgabengruppen zogen bei dem ständigen Anwachsen des Finanzvermögens eine Abnahme der Gemeindeschulden und damit eine Verringerung der Schuldzinsen und Amortisationen nach sich.

Bei der Prüfung der Ausgabenvermehrung muß neben der Geldentwertung auch das Bevölkerungswachstum angemessen in Rechnung gestellt werden. Betrug beispielsweise die jährliche Besoldung der 5 Gemeinderäte und des Gemeindeschreibers während der achtziger Jahre ganze Fr. 2350.—, so wird wohl niemand unter unserer Bürgerschaft die Auffassung vertreten, daß die heutige Honorierung mit total Fr. 29 000.— zu hoch bzw. dem stark verminderten Geldwert entsprechend proportional angewachsen sei.

Als Ausgangspunkt dieser Darstellung wählen wir die Verwaltungsperiode 1885—1899, da während den letzten 20 Jahren des vergangenen Jahrhunderts diejenigen Industrieunternehmungen, die heute als die bedeutendsten der Gemeinde ihr Gepräge geben, gegründet wurden, was die Bevölkerungsentwicklung und speziell die stabile Verdienstmöglichkeit ganz wesentlich beeinflusste.

Wir lassen in Tabelle 3 einen geldwertbereinigten Index der Ausgaben pro Einwohner nach Ausgabengruppen folgen, wodurch die Ausgabenerhöhung pro Kopf der Bevölkerung richtig zum Ausdruck kommt. Auch hier kann nicht genug betont werden, daß die einzelnen Ausgabengruppen gegenüber den früheren Rechnungsperioden den Aufwand für die Erfüllung mancher neu hinzugetretener Aufgaben enthalten, wie sie sich aus der Umwälzung im Verkehrswesen und aus der mit der fortschreitenden Industrialisierung Schritt haltenden Zunahme der Wohnbevölkerung ganz von selbst ergeben haben. Aber auch die fortschreitende Entwicklung zum Wohlfahrts- und Sozialstaat haben Anforderungen an unser Gemeinwesen gestellt, die für das andauernde Steigen der Ausgaben mitverantwortlich sind. Aus Tabelle 3, die geldwertbereinigte Zahlen wiedergibt, geht hervor, daß von 1885 bis 1929 die jährlichen Budgets verhältnismäßig klein waren; der Durchschnitt der Jahre 1930/38 stieg dann auf 131 Punkte an, fiel während des zweiten Weltkrieges wieder leicht zurück, um dann in der Nachkriegsperiode erneut anzusteigen, und zwar stärker als in den früheren Perioden: das Ausgabenbudget unserer Gemeinde ist im

**Die Einnahmen im Jahresmittel pro Einwohner nach Einnahmengruppen  
1870/74 bis 1946/51 <sup>1)</sup>**

Tabelle 5

Jahresmittel	Gemeinde- steuern	Übrige Steuern	Staats- beiträge	Aktivzinsen	Kapital- verkehr	Verschie- dene Einnahmen	Einnahmen insgesamt
Nominalbeträge pro Einwohner in Franken							
1870/74	6.12	2.44	2.51	6.69	7.45	0.18	25.39
1875/84	29.83	2.52	2.79	3.83	51.36	2.44	92.77
1885/99	34.10	2.68	4.24	3.60	4.40	2.73	51.75
1900/09	39.98	3.60	4.66	5.42	2.27	2.61	58.54
1910/13	51.48	3.31	4.02	9.06	3.40	3.55	74.82
1914/19	60.37	12.03	5.74	15.69	6.46	6.35	106.64
1920/29	71.36	5.37	3.06	11.91	14.34	12.11	118.15
1930/38	82.46	4.32	7.02	18.23	31.12	10.11	153.26
1939/45	110.81	2.59	9.51	19.55	13.15	14.22	169.83
1946/51	173.84	3.63	8.65	13.59	12.99	30.24	242.94
Nominalindex 1885/99 = 100							
1885/99	100	100	100	100	100	100	100
1900/09	117	134	110	151	52	96	113
1910/13	151	124	95	252	77	130	145
1914/19	177	449	135	436	147	233	206
1920/29	209	200	72	331	326	444	228
1930/38	242	161	166	506	707	370	296
1939/45	325	97	224	543	299	521	328
1946/51	510	135	204	378	295	1108	469
1) Einwohnerzahlen siehe Tabelle Nr. 2							

**Geldwertbereinigter Index der Einnahmen pro Einwohner  
nach Einnahmengruppen 1885/99 bis 1946/51 <sup>2)</sup>**

Tabelle 6

Jahresmittel	Gemeinde- steuern	Übrige Steuern	Staats- beiträge	Aktivzinsen	Kapital- verkehr	Verschie- dene Einnahmen	Einnahmen insgesamt
1885/99	100	100	100	100	100	100	100
1900/09	109	124	102	139	48	89	105
1910/13	118	96	74	197	60	102	113
1914/19	87	220	66	214	72	114	101
1920/29	92	88	32	145	143	195	100
1930/38	134	89	91	280	391	205	164
1939/45	135	40	93	226	125	217	137
1946/51	176	47	71	131	102	383	162
2) Nominalindex der Kopfquoten geteilt durch den Lebenskostenindex (1885/99 = 100) mal 100 (Lebenskostenindex siehe Tabelle Nr. 3)							



Jahresmittel 1946/51 gegenüber dem Jahresmittel der letzten 15 Jahre des 19. Jahrhunderts um die Hälfte angestiegen.

Wenden wir uns nun den Einnahmen zu, so erhellt aus Tabelle 4, daß sich die *Einnahmen* ungefähr parallel zu den Ausgaben entwickelt haben. Unrichtig ist, wenn der Volksmund behauptet, die Einnahmen richten sich nach den Ausgaben; denn die in Tabelle 7 dargestellte Vermögensentwicklung zeigt, daß nicht alle Einnahmen jeweils zur restlosen Deckung der Ausgaben, sondern zur Fondsbildung im Gemeindevermögen verwendet wurden. — Den Haupteinnahmeposten bilden die „*ordentlichen Gemeindesteuern*“. Von Fr. 15 000.— im Jahresmittel 1870/74 stiegen die Einkünfte aus Gemeindesteuern auf Fr. 844 000.— im Jahresmittel 1946/51. Bevölkerungszunahme und wirtschaftliche Entwicklung müssen als die Hauptursachen der vermehrten Steuereingänge angesprochen werden. Daneben haben die Verbesserung des Einschätzungsverfahrens und die Inventarisierung im Todesfalle des Steuerpflichtigen, ferner die beiden Wehropferamnestien und die Einführung der Verrechnungssteuer zur Hebung der Steuermoral und damit zu vermehrten Steuereingängen beigetragen.<sup>1</sup> Die bessere Steuermoral kommt in den Zahlen der 2. Kolonne in Tabelle 4 zum Ausdruck, aus der sich ergibt, daß die *Erbschafts-, Straf- und Nachsteuern*, einschließlich der für den Finanzbedarf irrelevanten *Konzessionsgebühren* und *Objektssteuern*, prozentual abnehmende Quoten pro Jahresmittel aufweisen. Ein einziges Mal — im Kriegsjahr 1917 — betrugen die Nachsteuern volle 92 % des jährlich normalen Gemeindesteuerertrags. — Die *Staatsbeiträge* (seitens Bund und Kanton) zeigen eine stark abnehmende Entwicklung. Wenig erfreulich ist die Tatsache, daß die staatlichen Beiträge während der Periode der Eisenbahntragödie keine Erhöhung erfahren haben. Der Kanton hat also selbst in finanzpolitisch schwersten Zeiten von unserer Gemeinde nur gezehrt und wenig gegeben. Die durch den Großen Rat diktierten Belastungen für die Überlandstraßen in unserm Kanton seien in diesem Zusammenhang ebenfalls erwähnt! — Die *Aktivzinsen* und die *übrigen Einnahmen* weisen leichte Zunahmen auf, was in der Hauptsache mit der allgemeinen Vermögensentwicklung unserer Gemeinde in Zusammenhang steht. Daß im *Kapitalverkehr* größere Schwankungen auftreten, hat seine Ursache in den verschiedenen Fälligkeiten früher aufgenommenen Anleihen, sowie in der jeweiligen Ertragslage der hiesigen städtischen Werke.

<sup>1</sup> Um sich über die tatsächliche Steuerleistung in unserer Gemeinde ein vollständiges Bild zu machen, darf nicht übersehen werden, daß neben den in Tabelle 4 ausgewiesenen Gemeindesteuern im Jahresmittel 1946/50 weitere Fr. 601 909.— an Staatssteuern und Fr. 407 040.— an Wehrsteuern zuzüglich Sonderzuschlag entrichtet wurden.

Die aus Tabelle 5 ersichtliche Entwicklung der Einnahmen pro Einwohner zeigt, daß die Einnahmen in der zuletzt dargestellten Periode rund 4,7 mal größer sind als im Jahresmittel der Ausgangsjahre 1885/99. Die prozentual stärkste Vermehrung erfuhren die *verschiedenen Einnahmen*, während die *Steuereinnahmen* nominal gegenüber der Ausgangsperiode 5,1 mal zugenommen haben. Erfreulich ist auch das nominale Anwachsen der *Aktivzinsen*, das die Richtigkeit der zeitweise befolgten Fondspolitik beweist.

### Die Entwicklung der Vermögenslage

Beträge in Franken

Tabelle 7

Jahresende	Aktiven		Passiven	Überschuß der Aktiven über das Finanzvermögen
	Finanzvermögen	Verwaltungsvermögen		
1875	533.973	17.122	627.732	— 93.759
1890	231.527	24.410	1.041.310	— 809.783
1900	276.680	37.990	930.310	— 653.630
1913	581.645	302.740	1.027.413	— 445.768
1920	927.559	705.620	900.257	+ 27.301
1932	1.227.954	1.505.400	1.219.499	+ 8.455
1951	3.950.237	3.918.144	2.579.823	+ 1.370.414

Betrachten wir die Einnahmen unter dem Gesichtswinkel der Geldentwertung und der Bevölkerungszunahme, so geht aus Tabelle 6 hervor, daß sich die *Gesamteinnahmen* im Jahresmittel 1946/51 nur um 62 Punkte gegenüber dem Jahresmittel 1885/99 vermehrt haben. Auch hier stellen die *verschiedenen Einnahmen* die stärkste Kopfquote dar. Die Zunahme der *Gemeindesteuern* um 76 Punkte ist im geldwertbereinigten Index etwas weniger schroff als in der nominalen Entwicklung. Der *Kapitalverkehr* zeigt im Periodendurchschnitt 1930/38 eine starke Aufblähung, was auf die Erstellung des neuen Bezirksschulhauses und des Feuerwehrmagazins zurückzuführen ist. Diese Aufblähung hat sich jedoch im letzten Jahresmittel 1946/51 sozusagen bis auf die Höhe der Ausgangsbasis zurückgebildet. Das Absinken der *Staatsbeiträge* auf 71 Punkte unter die Ausgangsbasis widerspiegelt die Zugeknöpftheit des Kantons gegenüber unserer Gemeinde. Daraus ergibt sich, daß der Lenzburger Finanzhaushalt eine möglichst autonome Finanzpolitik betreiben muß, da er als bedeutender „Geldlieferant“ von Bund und Kanton von diesen nicht Gegenrecht erwarten kann.

### III

Die Entwicklung der Finanzhaushalte oder der Budgets aller öffentlichen Körperschaften, man darf fast sagen in der ganzen Welt, wird bestimmt durch die Tatsache, daß im Zeitalter des Wirtschafts- und Wohlfahrtsstaates ein ewig vorwärtsdrängender Strom von Ansprüchen der Staats- und Gemeindeangehörigen den öffentlichen Gemeinwesen den Anstoß gibt und nicht selten sogar den Zwang auferlegt zur besseren Erfüllung der herkömmlichen, wie zur Befriedigung immer neuer Bedürfnisse. Wenn dies in der Schweiz dank eines gesunden und stark ausgeprägten Selbstverantwortlichkeitsbewußtseins jedes einzelnen Bürgers weniger als anderwärts der Fall ist, so lehrt ein Blick auf die Entwicklung der Budgets in Staat, Kantonen und Gemeinden dennoch, daß auch wir uns dem intensiven und extensiven Wachsen der öffentlichen Aufgaben und dementsprechend auch der öffentlichen Ausgaben nicht haben entziehen können. Die Geschichte zeigt uns immer nur eine Ausdehnung, niemals eine dauernde Einschränkung der öffentlichen Betätigung.

Es ist bekannt, und es könnte an dieser Stelle auch nicht im einzelnen ausgeführt werden, daß auf dem Wege zu einer neuen Wirtschaftsordnung, der die ganze Welt zustrebt — möge diese nun eine soziale Marktwirtschaft, die konjunkturstable, die krisengefeite oder wie immer gedachte Wirtschaft sein —, der Finanzpolitik große und größte Aufgaben gestellt sind. Dem entsprechen wachsender Steuerdruck und Intensivierung der Steuererhebung. Dies könnte auch am Beispiel der Entwicklung des Finanzhaushaltes der Stadt Lenzburg gezeigt werden. Was jedoch die erwähnten großen finanzpolitischen Aufgaben der Gegenwart anbetrifft, so kann diese nicht der einzelne Kanton, geschweige können sie die Gemeinden bewältigen. Aber was sie können und müssen, ist, ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik den Zielen des größeren Verbandes, des Staates, einordnen und so zu ihrer Erreichung beitragen. Je sinnvoller in dieser Hinsicht die Tätigkeit der Gemeinden ist, um so mehr scheint Gewähr dafür gegeben, daß die Lösung der Aufgaben, die uns zur Verwirklichung des unserer Tradition und unserem demokratischen Denken und Fühlen gemäßen sozialen Staates gesetzt sind, auf dem Wege des friedlichen Fortschritts gelingen wird.